

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Wieder deutsche Militärattachés

Mord im lettischen Gefängnis

Christliche Gewerkschaftsführer für Schleicher

Eine haarsträubende Rede Hilferdings

Neue Streiks

Nazi-Überfall auf SAP-Genossen

Helden der Arktis

Nazi-Mädchenmörder zu 12 Jahren
Zuchthaus verurteilt

Freiwilliger Arbeitsdienst — Zwangsarbeit

Rückgang der Bautätigkeit

Herunter mit den hohen Mieten!

Die bis zum Wahnsinn gesteigerten Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems kommen besonders in der jetzigen Krise auf keinem Gebiet krasser zum Ausdruck als im Bau- und Wohnungswesen. Tag für Tag werden Tausende von arbeitslosen Proletariern exmittiert, mit ihrer Familie brutal auf die Straße gesetzt. Viele Tausende von Wohnungen stehen in Deutschland leer. Aber es herrscht trotzdem schlimmste Wohnungsnot. Millionen von Menschen haben keine Wohnung, hausen in Ställen, Bretterbuden und Asylen oder treiben sich mangels einer Wohnung und Existenz auf den Landstraßen umher.

Obwohl nach den statistischen Feststellungen auch heute noch Bedarf von mindestens einer Million neuer Wohnungen in Deutschland besteht, ganz abgesehen, daß Millionen von menschenunwürdigen Wohn-Höhlen abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden müßten, sind 90 Prozent aller Bauarbeiter arbeitslos. Das ist die kapitalistische „Ordnung“, die auch in den statistischen Feststellungen der amtlichen Stellen zum Ausdruck kommt.

Das Konjunkturforschungsinstitut hat dieser Tage einen, zum Teil noch auf Schätzungen beruhenden, vorläufigen Ueberblick über die Bautätigkeit im Jahre 1932 veröffentlicht. Danach ist, wie zu erwarten, die Bautätigkeit gegenüber den Vorjahren erheblich weiter zurückgegangen. Relativ am stärksten blieb der Neubau und vor allem der Umbau von Wohnungen, und zwar vor allem von Kleinwohnungen und Kleinsiedlungshäusern. Während bei den im ersten Vierteljahr 1932 begonnenen Neubauten noch durchschnittlich 2,4 Wohnungen auf ein Gebäude kamen, waren es im 3. Vierteljahr nur 1,7 Wohnungen.

Der Bau großer Mietshäuser unterblieb fast ganz. Das Institut schätzt die Zahl der Wohnungsneubauten (Zugang) im Jahre 1932 auf 110 000 bis 120 000, das wäre nur etwa die Hälfte des Vorjahres und nur ein Drittel des Durchschnittes der Jahre 1928/30. Von diesem Zugang dürften ca. 20 Prozent lediglich Wohnungsumbau betreffen.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus aus öffentlichen Mitteln wird auf 120 bis 150 Millionen Mark geschätzt, das wäre nur etwa ein Zehntel der Jahre regerer Bautätigkeit. An Hauszinssteuerhypotheken sollen nur etwa 50 Millionen Mark vergeben worden sein gegenüber 850 Millionen im Jahre 1929. Stärker gewachsen ist der Anteil der Bausparkassen und der Anteil der privaten Mittel. Der insgesamt im Wohnungsbau investierte Betrag wird auf 500 bis 600 Millionen Mark geschätzt gegenüber 1350 Millionen Mark 1931 und 3350 Millionen Mark im Jahre 1928. Allerdings sind die Baukosten ebenfalls gesunken. Der Index der Baukosten stand aber Ende 1932 immer noch auf 118,6 (1913 = 100).

Eine mit den Arbeitsbeschaffungsplänen der Regierung angekündigte Belebung ist, wie aus diesen Zahlen hervorgeht, im Jahre 1932 kaum zu spüren gewesen. Im Tiefbau soll die Arbeiterzahl seit Jahresmitte um ca. 15 Prozent gestiegen sein.

Der bekannte Wirtschaftler Ernst Kahn veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel, in dem er hervorhebt, daß die Mieten wesentlich herabgesetzt und damit auch die Bautätigkeit stärker belebt werden könnte, wenn man mit der zu verzeichnenden viel zu hohen Berechnung des Gegenwartswertes der Häuser aufzuräumen würde. Die Gesamtschuld der Neubausbesitzer, derentwegen diese die Mieten so hoch halten zu müssen behaupten, sei längst nicht so hoch, wie angegeben, weil die Hauszinssteuerhypotheken mit 100 Prozent unter den Schulden aufgeführt würden. Da sie aber auf lange Frist gegeben — sie müssen in 74 Jahren allmählich getilgt werden — und äußerst niedrig zu verzinzen sind, so ergibt sich hier eine buchmäßige Ueberschuldung, die in der Höhe nicht vorhanden ist.

Daß in den übrigen Ecken des Landes der breiten Massen der Bevölkerung eine äußerst schwierige Lage auf dem Baumarkt zu verzeichnen ist, kann natürlich nicht bestritten

Junkersturm gegen Schleicher

Scharfe Entschliebung des Reichslandbundes gegen die Regierung — Protest bei Hindenburg gegen Schleicher — Die Junker fordern noch höhere Zölle und vollständige Grenzsperr

Die sprichwörtliche Unersättlichkeit und Frechheit der Junkerkaste hat eine Gipfelleistung erreicht. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 11. Januar, eine Entschliebung gefaßt, in der es heißt:

„Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der derzeitigen Regierung ein, selbst unter rein marxistischer Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldheuteinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an.“ Seltens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft im wesentlichen nur Rundfunkreden und inhaltlose Formulierungen, denen trotz längst vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind. (!)

Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind, ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Inkrafttreten von Zollerhöhungen ausgenutzt worden.

Die daneben notwendigen Kontingentierungsmaßnahmen zum Schutze gegen ausländische Ueberschwemmung sind auch von der jetzigen Regierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, mußte wenigstens durch sofortige Erklärung eines

vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Verdrängung des Bauern von Haus und Hof verhüten. Nichts dergleichen ist geschehen.

Durch das bisherige Versagen der Reichsregierung in der lebenswichtigsten Frage der Agrarpolitik werden auch die vom Reichskanzler aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung zu reinen Illusionen.“

Wie die Hugenberg-Presse meldet, wurde diese Entschliebung deshalb nicht einstimmig angenommen, weil sie einem Teil der Landbundführer noch nicht weit genug ging und „statt dessen einen Beschluß zur Durchführung sofortiger Selbsthilfemaßnahmen“ gefordert haben. Unmittelbar nach der Vorstandssitzung verlangten die Landbundführer kategorisch eine sofortige Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Und wie die Hugenberg-Presse weiter meldet,

„hat sich der Reichspräsident sofort bereit erklärt, diesem Wunsche zu entsprechen. In den frühen Nachmittagsstunden hat die Aussprache stattgefunden. Wie wir hören, ist der Reichspräsident tief beeindruckt gewesen von den Vorstellungen, die die Führer des Reichslandbundes erhoben haben. Der Reichspräsident hat insbesondere die Notwendigkeit sofortiger eindeutiger Entscheidungen und Maßnahmen anerkannt. Damit nicht weitere Verschleppungen möglich sind, hat der Reichspräsident dann den Reichskanzler, den Reichsernährungsminister und den Reichswirtschaftsminister zu sich gerufen. Ueber eine Reihe sehr wichtiger Fragen, die die Interessen der Landwirtschaft aufs allerengste berühren, wird Donnerstag vormittag eine Gesetzesvorlage in internen Ressortbesprechungen fertiggestellt und so schnell wie möglich zur Verabschiedung kommen.“

Man ersieht aus jeder Zeile dieses Berichtes, wie auf den frechen Junkerbefehl die gesamte Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten an der Spitze springt und alles tut, um ja diese Herren so schnell wie möglich zu befriedigen.

Im übrigen aber ist der Vorstoß derselben Junkerkaste, der seit Jahr und Tag Milliarden an Subventionen, Zöllen und neuerdings durch die Margarineverordnung in den Rachen geworfen werden, nicht nur eine Frechheit, sondern auch gleichzeitig ein Manöver mit dem Ziel, die Schleicher-Regierung zu stürzen bzw. sie zu zwingen, jeden Junkerbefehl restlos zu erfüllen.

Der Junkervorstoß verschärft den Gegensatz zwischen Agrariern und Großkapital und muß die Regierung in größte Schwierigkeiten bringen. Diese Tatsache, wie auch die Form des Vorstoßes scheint aber den Herren um Schleicher doch etwas zu starker Tobak gewesen zu sein. Deshalb wird jetzt dazu fol-

gende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichskanzler eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde Mittwoch nachmittag der Vorstand des Reichslandbundes vom Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers und der Reichsminister Warmbold und Freiherrn von Braun empfangen.“

In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war.

Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschliebung gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschliebung ist weder dem Herrn Reichspräsidenten, noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekannt gegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben.

Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes davon nicht abbringen lassen, alles sachlich Mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.“

Diese Erklärung ist nichts weiter als eine leere Geste. Das sachliche Ziel ihres Vorstoßes haben die Großagrarien im wesentlichen schon erreicht, wie die obigen Meldungen beweisen. Die Junker werden es ertragen können, wenn sie einige Tage nicht mehr „offiziell“ empfangen werden. Das Wichtigste ist für sie, daß ihre Befehle erfüllt werden. Im übrigen werden die inoffiziellen Verbindungen umso eifriger arbeiten.

Aus dem ganzen Verlauf dieses „Konfliktes“ zwischen Schleicher und den Landbundführern ergibt sich ohne weiteres, daß es grundfalsch wäre, wenn der Arbeiterklasse dadurch Herr v. Schleicher sympathischer erscheinen würde. Das Schleicher-Kabinett hat bisher bewiesen, daß es nur die Befehle der Junker und des Großkapitals durchführt und für die Arbeiterklasse bestenfalls leere Versprechungen oder Almosen, im allgemeinen aber nur den Polizeiknüppel und „härtere Waffen“ übrig hat. Nur der entschlossene Kampf der Arbeiterklasse gegen jede Präsidialregierung und Kapitalisdiktatur und für den sozialistischen Ausweg kann nur Junkerfrechheiten ein für allemal unmöglich machen.

Preußischer Landtag am 17. Januar

Der preußische Landtag ist nunmehr endgültig auf Dienstag, 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. Die Tagesordnung sieht, wie angekündigt, weder eine politische Aussprache, noch die Fortsetzung der im Dezember abgebrochenen Kulturaussprache vor. Damit scheint sich die Vermutung zu bestätigen, daß bei den maßgebenden Parteien in Preußen der Wunsch besteht, politische Fragen von Wichtigkeit bis zur Entscheidung im Reich zurückzustellen. Die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung enthält daher nur kleine Vorlagen.

Wieder deutsche Militärattachés!

Dafür ist Geld da

CNB. Berlin, 11. Januar.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist beabsichtigt, zum 1. April d. Js. deutsche Militär- und Marineattachés an eine Reihe von deutschen Botschaften und Gesandtschaften zu entsenden. Militärattachés werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Gesandtschaften in Prag und Warschau zugeteilt werden. Marineattachés werden entsandt an die Botschaften in Paris, London und Rom. Einzelne von diesen werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Attachés unterstehen den einzelnen Missionsschefs und müssen ihre Berichte diesen vor der Absendung vorlegen.

werden. Wie schlimm die Lage der Mieter und daher die Mietsrückstände und Exmittierungen sind, geht u. a. aus einer sehr interessanten Statistik der „Gag'ah“ (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten) hervor, die diese Ende 1932 in Berlin durchgeführt hat. Sie hat in ihren Wohnblocks die Zahl ihrer erwerbslosen Mieter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mieter festgestellt und in den Haupt-Industriezentren (Borsigwalde, Oberschöneweide u. a.) bis zu 20 und sogar in einem Falle 22,4 Prozent Erwerbslose festgestellt. In einigen Blocks waren 50, ja sogar 54 und 67 Prozent

der erwerbslosen Mieter schon mehr als ein Jahr erwerbslos.

Alle diese Statistiken beweisen nur immer wieder das eine: Die große Masse der Bevölkerung, die heute im Elend unterzugehen droht, muß sich zusammenschließen und gegen diese bankerotte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kämpfen. Ihre Kampflosungen müssen sein:

Verbot jeder Exmittierung!
Menschenswürdige Wohnung für jeden Einwohner!
Herunter mit den Mieten!

Mord im lettischen Gefängnis

Revolutionärer Arbeiter gemartert und aus dem Fenster gestürzt!

Riga, 12. Januar.

Am Neujahrstage verhaftete die politische Polizei in einem Vororte Rigas einen jungen Fabrikarbeiter Fritz Gailis, bei dem man wichtige kommunistische Dokumente verschiedener Art fand, die auf eine hervorragende Stellung des Gailis in der kommunistischen Partei Lettlands hinwiesen. Der junge Mann wurde in Haft genommen und in das Gewahrsam der politischen Polizei gebracht. Am Abend des vierten Januar hörten die Einwohner der umliegenden Häuser einen schweren Fall und sie sahen im Holo des Hauses der politischen Polizei einen zerschmetterten Körper liegen, um den sich einige Leute in Uniform bemühten. Die Tagesblätter brachten hierüber kurze Notizen mit dem Bemerkten, daß der verhaftete Gailis bei einem Fluchtversuch aus dem Fenster gestürzt sei und dabei den Tod gefunden habe.

„Sozialdemokrats“ veröffentlicht nun einen langen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Fluchtversuch ausgeschlossen sei, denn das Fenster aus dem Haftlokal gehe auf eine Mauer hinaus; Gailis sei höchstwahrscheinlich im Haftlokal gemartert und aus dem Fenster gestürzt worden. Das sozialdemokratische Blatt verlangt strengste Untersuchung des Falles durch den Innenminister, die jetzt auch zugesagt worden ist.

SA-Gruppe Franken aufgelöst!

Zusammenstöße im Hitlerhaus

Nürnberg, 11. Januar.

CNB. Zu den Zusammenstößen im Hitlerhaus wird von der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP mitgeteilt, daß der bisherige Gruppenführer der SA Franken, Reichstagsabgeordneter Willi Stegmann, vom Stabschef der SA seines Postens enthoben worden ist. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß Stegmann sich gegen Befehle der obersten SA-Führer aufgelehnt habe. Die Gruppe Franken der SA sei aufgelöst worden.

Nürnberg, 11. Januar.

CNB. Zwischen mehreren Mitgliedern der NSDAP und SA-Leuten kam es heute nacht im Hitlerhaus zu Zusammenstößen. Die Polizei wurde zu Hilfe gerufen und konnte die Ruhe wieder herstellen.

Nazi-Polizei gegen Erwerbslose

Braunschweig, 11. Januar.

WTF. Erwerbslose veranstalteten heute nachmittags einen Umzug in der Innenstadt. Die Polizei löste jedoch den Zug bald auf, da die Demonstranten Niederrufe gegen die Regierung ausließen und wiederholt die Vorschriften der Polizei nicht beachteten.

Trotz der Auflösung versuchten die Massen, neue Züge zu formieren, sodaß die Polizeibeamten erneut einschreiten mußten. Zwei berittene Beamte wurden durch Steinwürfe aus der Menge leicht verletzt. An einer anderen Stelle versuchte ein Arbeiter, einen Polizisten vom Pferde zu reißen. Er und mehrere andere Teilnehmer an der Demonstration wurden festgenommen.

Die engen Straßen der Innenstadt boten noch lange Zeit ein sehr bewegtes Bild.

Nazi-Regierung für Schwarz-Weiß-Rot

Weimar, 11. Januar.

CNB. Das thüringische Staatsministerium erließ eine Verordnung über die Beflaggung von Dienstgebäuden, wonach angeordnet wird, daß am 18. Januar, aus Anlaß der Reichsgründung die staatlichen Dienstgebäude des Landes derart zu beflaggen sind, daß neben der weißroten Landesfahne, resp. neben der Landesfahne und der jetzigen schwarzrotgoldenen Reichsflagge, wo diese bisher gemeinsam gezeigt wurden, auch die alte schwarzweißrote Flagge zu zeigen ist. Falls drei Fahnen gezeigt werden, soll sich die alte schwarzweißrote Flagge rechts befinden, in der Mitte die Landesfahne bzw. die große Staatsflagge und links die jetzige schwarzrotgoldene Reichsflagge.

Arbeiter-Präsidium

Ronneburg, i. Thür., 11. Januar.

CNB. Hier hat, ähnlich wie in anderen Städten, die KPD im zweiten Wahlgang für den 1. Vorsitzenden Streul (SPD) gestimmt, so daß auf diese Weise eine Linksmehrheit zustande kam. Mögen nun die SPD-Stadtverordneten dies zu würdigen wissen und damit endlich einschen, daß nur die rote Einheitsfront siegt.

Etatsdebatte im Haushaltsausschuß

Eine haarsträubende Rede Hilferdings

Im Haushaltsausschuß des Reichstages fand am Mittwoch eine Aussprache über die finanzpolitische Lage des Reiches statt.

Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Reichstag „seinem Einfluß wieder geltend machen konnte“ (1). In Hebeentscheidung mit dem Reichsfinanzminister erklärte Hilferding weiter, der Etat sei angesichts der schweren Krise erträglich (2) und biete keinen Anlaß zu Besorgnissen für die Zukunft (3). Die gesamte Verschuldung des Reiches sei in keiner Weise geeignet, den Reichskredit irgendwie zu erschüttern. Eine Rückkehr des Herrn v. Papen als Reichskanzler, die von gewissen Seiten betrieben werde, sei für die großen Massen der Bevölkerung unerträglich. Hilferding ging dann noch auf den Einfluß ein, den die öffentliche Hand auf die Privatwirtschaft genommen habe. Man werfe seiner Partei Marxismus vor, aber hier habe sich als letzte Auswirkung der riesigen Kapitalkonzentration unter der Führung rein bürgerlicher Parteien, ja auf Betreiben der Wirtschaftsführer selbst, eine marxistische Entwicklung (4) vollzogen, die sich selbst die Marxisten nicht getraut hätten.

Abgeordneter Herzig von den Deutschnationalen erklärte, man müsse sich heute in der Gesamtkritik zurückhalten, damit nicht die Keime des beginnenden Aufbaues zerstört würden. Es sei das Gebot der Stunde, in der heutigen

Zeit der Regierung, wie sie auch heißen möge, eine Bewährungsfrist zu geben. Ein gesunder Optimismus sei heute nicht nur erwünscht, sondern Pflicht.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt ist der Auffassung, daß das von der Regierung angegebene Defizit zu niedrig geschätzt sei. Tatsächlich betrage die Vorbelastung der Haushaltsjahre 1933-1938 rund 6,6 Milliarden Mark oder 1,1 Milliarden im Jahresdurchschnitt. Für eine Wirtschaftsbelebung seien keinerlei Voraussetzungen vorhanden.

Der Zentrums-Abgeordnete Dr. Schreiber erklärte, die Aussprache sei ein innenpolitisches Ereignis, weil der deutschnationale und der nationalsozialistische Redner sich für das Etatrecht des Parlamentes eingesetzt hätten. Der Etat weise in die Richtung einer Sammlung der positiven politischen Kräfte.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Neubauer erklärte, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Schleicher werde ebenso wie das der Regierung Papen mit einem Fiasko enden. Es wäre daher verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft sich darüber Illusionen machte.

Nach diesen Ausführungen wurde die Sitzung abgebrochen. Fortsetzung der Beratungen am Donnerstag.

Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch nach längerer Aussprache die Abstimmung über eine Reihe von Anträgen vorgenommen.

Ein kommunistischer Antrag, an Stelle der Fürsorgepflichtarbeiten Notstandsarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne durchzuführen, wurde mit den Stimmen der KPD, der SPD und der Nazis angenommen. Der Vertreter der Regierung hatte vorher erklärt,

Fürsorgepflichtarbeiten müßten auch künftig neben den Notstandsarbeiten weiterhin bestehen, da sie zur Prüfung des Arbeitswillens von Bedeutung seien. (1)

Annahme fand ferner ein kommunistischer Antrag, in öffentlichem Interesse liegende Arbeiten zum Tariflohn und im Versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis auszuführen.

Ein nationalsozialistischer Antrag, die Leistungszulagen bei der Reichsbahn abzuschaffen und die dafür vorgesehenen Summen zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, wurde ebenfalls angenommen.

Gegen SPD und KPD wurde ein Antrag des Christlich-Sozialen Volksdienstes, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen, daß für die Arbeitsvermittlung bei der Arbeitsbeschaffung neben den Arbeitsämtern auch die gesetzlich anerkannten nicht gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen anerkannt werden sollen.

Ein Antrag derselben Parteien, Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern nicht an Unternehmer zu geben, denen Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm übertragen worden sind, wurde ebenfalls angenommen. Weiter fand ein Zentrumsantrag zur Verhinderung von Mißbräuchen bei der Ausgabe von Steuergutscheinen Annahme.

Die Anträge zum Freiwilligen Arbeitsdienst und zur Arbeitsdienstpflicht und die Anträge, die sich gegen Härten in den sozialpolitischen Notverordnungen richten, sollen am nächsten Dienstag im Sozialpolitischen Ausschuß beraten werden.

Auslands-Rundschau

Brüssel, 11. Januar.

Die belgischen Sozialisten rufen im ganzen Lande die Massen zu Protestversammlungen gegen die Finanzpolitik der Regierung auf. Dies hat zu einer Verschärfung des Kampfes zwischen der bürgerlichen Regierung und der sozialistischen Opposition geführt. Die Sozialisten erklären, das Kabinett übe eine Diktatur aus, weil es seinen Finanzplan auf dem Verordnungswege durchführe. Sachlich fordern die Sozialisten und der Gewerkschaftsausschuß eine Befreiung der niedrigen Einkommen von der besonderen Krisensteuer, die erhoben werden soll. Von sozialistischer Seite wird auch behauptet, die Gendarmerie sei zur Sicherung der Ordnung mobilisiert und in die Industriezentren gebracht worden.

Bukarest, 11. Januar.

Nach Mitteilungen aus unterrichteter Quelle wird Ministerpräsident Maniu morgen dem König den Gesamtrücktritt des Kabinetts überreichen.

Ueber die Nachfolge kann bisher noch nichts bestimmtes gesagt werden. Infolge der Schwierigkeiten, jetzt Neuwahlen durchzuführen, ist man weiter bestrebt, die Bildung einer neuen nationalarabistischen Regierung zu versuchen. Andernfalls ist es nicht ausgeschlossen, daß die liberale Partei zur Neubildung berufen werden wird.

London, 11. Januar.

Den Blättern zufolge wird die britische Heimatflotte heute früh ihre Manöver im Golf von Biscaya beginnen. Der Hauptzweck der Übungen ist, festzustellen, wie weit moderne Kreuzer Angriffe auf Handelsschiffe zu unternehmen fähig sind. Die Handelsschiffe werden durch 19 Kriegsschiffe markiert werden, die mit verminderter Geschwindigkeit zu fahren haben und von fünf Kriegsschiffen eskortiert werden sollen.

Paris, 11. Januar.

Im Rahmen des französischen Finanzsanierungsprogramms soll nun auch eine Kürzung der Beamtengehälter um 5 v. H. beabsichtigt sein. Nach Ansicht der Blätter dürfte diese Maßnahme des Ministers Chéron einen Konflikt mit den

Sozialisten herbeiführen. Die nationalsozialistische Zeitung L'Ordre schreibt sogar, durch diesen Plan sei die Existenz der Regierung in Frage gestellt. Es sei nur eine Frage von wenigen Tagen, bis eine Regierungskrise ausbreche.

Wien, 11. Januar.

Im Stadtbezirk Muthahilf wurden im Geschäftsräum einer Firma zur Herstellung kosmetischer Mittel auf Grund einer Anzeige heute 44 kg Ammonit beschlagnahmt. Die Herkunft des Sprengstoffes, von dem der Verhaftete, der nationale sozialistische Geschäftsführer Parisiani erklärte, keine Kenntnis zu haben, ist noch nicht festgestellt.

Japan

setzt seinen Raubzug fort

Tokio, 11. Januar.

Wie aus Tschinschau gemeldet wird, hat eine japanische Kavallerieabteilung das Städtchen Tschiumankau, das in der Nähe von Schanhaikwan auf der chinesischen Seite der Großen Mauer liegt, ohne Schwertstreich besetzt. Die Besetzung dieses Ortes, der einen Engpaß beherrscht, wird von japanischer Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Tschangshuehliangs in die Provinz Jehol zu verhindern.

Nanking, 11. Januar.

Ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums dementierte in einem Reuters-Interview kategorisch die aus Tokio stammende Nachricht, daß zur Regelung des Zwischenfalls von Schanhaikwan Verhandlungen aufgenommen würden, wie es den Forderungen der Chinesen entspreche.

Die japanische Regierung setzte diese Meldung zur Täuschung des Völkerbundes in die Welt. In Wirklichkeit wollen die japanischen Militärbehörden nur mit dem bei Schanhaikwan stehenden chinesischen General, nicht aber mit der chinesischen Regierung verhandeln, weil es sich „nur um eine örtliche (1) Angelegenheit“ handle.

Christliche Gewerkschaftsführer für Schleicher

Berlin, 11. Januar.

CNB. Auf einer Konferenz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die sich mit der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Lage beschäftigte, ging der Vorsitzende, Abgeordneter Imbusch, u. a. auch auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften zur Reichsregierung ein.

Manche glauben, so sagte er, sich trotz des von den Arbeitslosen mit Freuden aufgenommenen Programms der jetzigen Regierung gegen den Reichskanzler von Schleicher wenden zu müssen. Das Mißtrauen darf nicht dazu führen, daß man ohne weiteres den Gesandung dienenden Plänen und damit der wirtschaftlichen Gesundung entgegenwirkt. Es ist doch bis jetzt noch nicht der Nachweis erbracht, daß von Schleicher nicht das Wohl des Volkes und Vaterlandes will. Man sollte bis zum Beweise des Gegenteils Herrn von Schleicher den guten Willen, unserem Volke zu helfen, zutrauen. Reichskanzler von Schleicher ist selbstverständlich kein Gewerkschaftssekretär, aber nach allem, was man bis jetzt von ihm hörte, für soziale Gerechtigkeit und auf das Wohl der Gesamtheit bedacht. Es scheint bei der Gesamtlage in Deutschland richtiger, der Regierung die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit zu geben und sie dann nach ihren Taten zu beurteilen. Die bisherigen Taten der jetzigen Regierung sprechen alles in allem genommen nicht gegen sie.

Berlin, 11. Januar.

Reichskanzler von Schleicher empfing am Montagabend die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Schmitz (Duisburg), Schlimmer und Kaiser (beide Köln), zur Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage der rheinischen Metallindustrie, insbesondere auch der Metallindustrie des bergischen Landes. An diese Erörterung schloß sich eine eingehende Aussprache über die wirtschaftliche und politische Gesamtlage an.

Der Reichswirtschaftsrat lebt auch noch

Berlin, 12. Januar.

CNB. Reichskanzler von Schleicher empfing gestern die Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates, Leipart und von Siemens, die dem Kanzler den Wunsch des Reichswirtschaftsrates vortrugen, bei den gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung in Zukunft auf alle Fälle wieder eingeschaltet zu werden. Seit anstelle der ordentlichen Gesetzgebung durch das Parlament der Weg der Notverordnungen beschritten wurde, hätten die Ressortminister nur noch selten ihre Vorlagen dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugehen lassen. Manche Verordnung, so erklärten sie, würde wahrscheinlich eine andere Fassung erhalten und auch Härten verloren haben, wenn die im Reichswirtschaftsrat vertretenen Sachverständigen der Wirtschaft und der Konsumenten vorher ihre Gutachten hätten abgeben können.

Der Reichskanzler stimmte, den Blättern zufolge, den Darlegungen der beiden Vorsitzenden im allgemeinen zu und stellte in Aussicht, daß der Wunsch des Reichswirtschaftsrates erfüllt werden wird.

Kommunistischer Demonstrationszug beschossen

Berlin, 12. Januar.

CNB. Im Anschluß an eine kommunistische Versammlung in den Pharusälen hatte sich Mittwochabend ein kommunistischer Demonstrationszug gebildet. Als er gegen 23 Uhr die Kösliner Straße passierte, fuhr ein Personenkraftwagen dicht an den Zug heran. Aus diesem wurden auf die Demonstranten sechs Schüsse abgegeben. Ein Teilnehmer des Zuges erhielt dabei einen Beckenschuß und eine Passantin trug einen Oberarm- und Brustschuß davon. Die Verletzten wurden ins Virchow-Krankenhaus eingeliefert. Nachdem die Schüsse aus dem Auto abgegeben waren, fuhr dieses eiligst davon und entkam in der Dunkelheit.

Politische Zusammenstöße vor einem Krankenhaus

Vor dem Haupteingang des Krankenhauses Friedrichshain fanden sich gestern nachmittags zahlreiche Nationalsozialisten und Kommunisten ein, um ihren bei den letzten Zusammenstößen schwerverletzten Kameraden einen Besuch abzustatten. Zwischen den politischen Gegnern kam es zu Auseinandersetzungen, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten.

Die übrigen Besucher des Krankenhauses mußten fluchtartig den Kampfplatz verlassen und sich in gegenüberliegenden Häusern in Sicherheit bringen. Unterdessen war die Zahl der Kämpfenden auf etwa hundert Personen angewachsen. Als mehrere Ueberfallkommandos und die Beamten der nächstgelegenen Polizeireviere eintrafen, wurden die Polizisten ebenfalls von der Menge angegriffen. Die Polizei machte von dem Gummiknüppel Gebrauch und nahm sieben Personen fest. Ein Schwerverletzter, der bei der Schlägerei einen Bauchstich davongetragen hatte, fand Aufnahme im Krankenhaus, und weitere sechs Personen mußten stark blutender Verletzungen wegen die Hilfe der Rettungswache in Anspruch nehmen. Die Polizei mußte während der Besuchszeit im Krankenhaus ein großes Aufgebot von Beamten postieren, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden.

Der Kampfschwur am Grabe

Massendemonstration als Ehrengelait bei der Beerdigung des Genossen Hanisch

Tausende über Tausende Breslauer Arbeiter, besonders Jungarbeiter, marschierten in langem, nicht enden wollendem Zuge zur Beerdigung des ermordeten Genossen Hanisch. Kaum einigen wenigen wird der von SA ermordete Genosse bekannt gewesen sein. Das Ehrengelait für einen einzelnen wurde zur Demonstration für den Kampf des Proletariats. Und so marschierten im Trauerzuge nicht nur die Parteigenossen des Ermordeten, sondern auch starke Abordnungen des Sozialistischen Schutzbundes, der SAP und ein langer Zug des Sozialistischen Jugendverbandes. Am Waschteich schlossen sich die Genossen der KPD der Demonstration an.

Ein gewaltiger Aufmarsch.

Auf dem Oswitzer Friedhof wurde zunächst von den Genossen der SAJ eine Gedenkfeier durchgeführt, in der Genosse Seidel für seine Organisation sprach. Sowohl seine Worte wie auch die des Redners der „Eisernen Front“, Zimnier, waren zweifellos tiefempfunden, aber sie entbehrten der Ueberwindung der Trauer über den Verlust eines Genossen. Sie waren nur Klagegedel und nicht Kampfruf.

Genosse Sander sprach für die KPD, er stellte in den Mittelpunkt seiner Rede, daß Gewalt wieder Gewalt wolle.

Für den Sozialistischen Jugendverband sprach Genosse Goldner.

„Lieber Genosse Fritz Hanisch! Heute geben wir dir das letzte Geleit. Du bist vom Gegner der Klasse ermordet, meuchlings erstochen worden, und an deiner Bahre stehen wir alle, auch die, die nicht derselben Organisation angehörten wie du. Denn du bist unser Klassengenosse und gehörst zu uns allen. Dein Andenken wird in uns immer

lebendig bleiben, bis über den Tag hinaus, an dem wir uns rächen werden, an dem wir die Richter sein werden.

Aber es ziemt sich nicht, sich uterloser Trauer hinzugeben, es ist nicht unsere Sache, nur den Gedanken persönlicher Rache nachzugehen, denn nicht allein die drei oder vier Täter sind die Schuldigen. Schuld, ewige Schuld tragen diejenigen, die die Mordtätze gegen die Arbeiterklasse geführt haben, ewige Schuld trägt der Staat, der vierzehn Jahre schon das Proletariat unterdrückt. Diese Schuld fordert Sühne, und die Vollstrecker dieser Sühne werden wir sein. So wollen wir von deinem Sarge gehen, Fritz Hanisch. Wir wollen nie und nimmer vergessen, wir werden mit gleicher Münze zurückzahlen, was uns allen angetan worden ist.

So laßt uns alle die Faust zum Kampfschwur hallen! Der Sozialistische Jugendverband sendet dir den letzten Gruß und gelobt zugleich den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse nun erst recht vorwärts zu treiben. Zum letztenmal grüßen wir dich mit dem Ruf, der die faschistischen Mörder erbeben lassen soll, der für die ganze Arbeiterklasse ein Mahnruf zum geschlossenen Kampf seit Kampfereit!

Wieder einmal mußte es ein Toter sein, der die gesamte Breslauer Arbeiterschaft zu einer antifaschistischen Kundgebung zusammenschweißte. Warum müssen erst die Opfer uns an unser gemeinsames Kampziel gemahnen?

Arbeiter Breslaus! Laßt uns aus diesen Ansätzen zur gemeinsamen Abwehr über alle Parteischranken hinweg eine Kampffront schmieden, die nicht nur zur Abwehr des braunen Mordterrors festgefügt dasteht, sondern die dereinst zum Angriff gegen das kapitalistische System übergeht und den Sieg über unseren Klassengegner davonträgt.

Wir marschierten

Gelungene Demonstration der SAP und des SSB in Breslau

An drei Stellplätzen der Stadt traten gestern die Genossen der SAP und des SSB zu einer Demonstration gegen den Mordterror der SA und gegen die Schleicher-Regierung an.

In drei stattlichen Zügen marschierten die Massen, lebhaft begrüßt von Sympathisierenden, durch die Arbeiterviertel Breslaus zum Neumarkt, wo Genosse Eckstein auf dem Brunnenrand des Gabeljürgen stehend, eine kurze Ansprache hielt: „Seit sechs Monaten darf das Proletariat nun erstmalig wieder auf die Straßen. Wichtige Demonstrationen können vom ungebrochenen Komplexwillen der Arbeiterschaft.“ Genosse Eckstein zeigte in kurzen Worten den Weg, den das Proletariat zu gehen hat bis zum endgültigen Siege. Er erinnert an die Vorgänge auf dem Neumarkt im Sommer vorigen Jahres, wo zum ersten Male dem Terror der Nationalsozialisten ein Halt geboten wurde. „Wenn aber das Proletariat zusammensteht, wenn es nur mit voller Inbrunst den Sieg will, dann wird er ihm auch zufallen.“ Mit einem Hoch auf die soziale Revolution und auf die SAJ schloß die kurze Ansprache.

Dann ging es unter den Klängen der Kapellen, voran die Fahngruppen, im Gesamtzuge durch das Zentrum der Stadt nach dem Westen und von hier aus zum Freiburger Bahnhof.

Immer wieder erklangen die alten Kampflieder zum dröhnenden Schritt der Abteilungen. Immer wieder ertönten die Häuserfronten vom Wiederhall der Rufe: „Nieder mit der braunen Mordpest!“, „Nieder mit dem Faschismus!“, „Nieder mit dem Kapitalismus!“

Am Freiburger Bahnhof wurde die Demonstration mit einem dreifachen „Kampfbereit“ aufgelöst.

Kreiskonferenz des SSB

Kreisverband „Ost“, am 14. und 15. Januar 1933

Tagungsordnung:

1. Der SSB und seine Aufgaben, sowie seine Stellung zur SAP. Referent: Genosse Hein Müller, Reichsleiter.
2. Jahresbericht des KV „Ost“. Referent: Genosse Kirstein.
3. Anträge.

Die Tagung beginnt am Sonnabend, den 14. Januar, pünktlich 19 Uhr, sie wird Sonntags, um 10.30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße 19, fortgesetzt. Die auswärtigen Delegierten treffen sich im Laufe des Sonnabend nachmittags im Büro der SAP, Gartenstraße 21.

KPD-Adelt legt Stadtverordneten-Mandat nieder

Offiziell erfahren wir, daß der Stadtverordnete Adelt, Angehöriger der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Breslaus, sein Mandat niedergelegt hat.

Über die Gründe, die ihn zu diesem Schritt bewegen haben, ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden, oder sollten da etwa Zusammenhänge mit früheren Spaltungsbestrebungen innerhalb der kommunistischen Partei (Adelt hat damals an einen prominenten Genossen unserer Partei in dieser Angelegenheit geschrieben, der Brief wurde aber später als eine Fälschung dargestellt) bestehen?

Nun, wir werden ja sehen, „Irgend etwas ist faul im Staate Dänemark“, das heißt in diesem Falle bei der Breslauer Ortsgruppe der KPD.

Arbeitslose Menschen zweiter Klasse

Ein Arbeitsloser schreibt: „Ich und viele andere Arbeitslose erhielten neulich im Rahmen der „großartigen“ Winterhilfe Essenkarten, die von der Städtischen Sparkasse gestellt worden waren.

Essenkarten! Man freut sich und geht etwas gehobeneren Mutes zu der Gaststätte, wo man sie einlösen kann.

Und dann kommt die Enttäuschung. Man kommt in die Alkoholreiche Gaststätte in der Reuschstraße. Man darf sich nicht an einen beliebigen Tisch setzen, sondern muß mit den für die Arbeitslosen bestimmten vorlieb nehmen, deren Decken man nicht gerade sauber nennen kann. Die Bestecke erst gar, die befinden sich oft in einem geradezu ungläublichen Zustand.

Vor einiger Zeit haben Erwerbslose, die nicht satt geworden waren, um Nachlieferung einer weiteren Portion. Die Bitte wurde erfüllt. Aber wer beschreibt unser Erstaunen, als wir sahen, daß auf dem Teller, auf dem sich jetzt Bohnen befanden, noch die Wellwurstpelle vom ersten Essen lag. Wir beschwerten uns. Und da gab man uns zur Antwort: „Ja was wollt ihr denn, sie ist eben auf dem Teller liegen geblieben.“

Erwerbslose scheinen eben keinen Anspruch auf menschenwürdige Behandlung erheben zu dürfen, denn sonst würde man ihnen auch nicht solch einen Einheitsfraß vorgesetzt, wie man ihn an verschiedenen Tagen erhalten hat: Reis, Wurst, Zimt, Rosinen, Apfelstücke und das ganze (trotz der Wurst) stark gestübt und in einem Topf gekochet. Dieser Fraß kostet im Herstellungspreis sicher keine 25 Pfennige. Man will sich also auf Kosten der Erwerbslosen sanieren.

Wir fordern ausreichende Unterstützung und ein Essen, das menschenwürdig ist. Wir sind nicht Bürger zweiter Klasse! Wir sind nicht schuld daran, daß wir stempeln geben müssen.“

Vortragsabend Manfred Inger

Die Breslauer Volksbühne veranstaltete einen heiteren Vortragsabend mit Manfred Inger. Das Interesse für diese Veranstaltung war so groß, daß der Abend wiederholt werden mußte und beide Abende ausverkauft waren. Inger las humoristische Skizzen und Grottesken von Kästner, Polgar, Tschadow, Solschenko und Gedichte von Ringelnatz. Seine lebendige, intelligente und sympathische Vortragsweise fand mit Recht stärksten Beifall. Zur Programmgestaltung wäre zu wünschen, daß in künftigen Fällen Stücke mit stärkerer sozialer und politischer Note berücksichtigt werden. W.F.

Schwerer Nazi-Überfall auf SAP-Genossen

Drei Schwerverletzte

Die Geduld der Arbeiterschaft ist am Reißen

Gestern nach der Demonstration befanden sich fünf SAP-Genossen auf dem Nachhausewege. In der Sedanstraße angelangt, verabschiedeten sich vier von ihnen von einem. Als sie plötzlich von 12 bis 15 Nazis in Uniform (zwei oder drei trugen Räuberzivil) wortlos umringt wurden. Wortlos schlugen die braunen Banditen mit Schlagringen zu und starben mit Messern. Darauf ergriffen sie die Flucht.

Drei unserer Genossen wurden schwerer verletzt. Der Genosse H. erhielt einen schweren Schlagringsschlag, der ihm eine offene Kopfwunde einbrachte. Einem anderen Genossen H. wurde die Wange durchstochen und der Genosse Sch. erhielt einen schweren Messerstich unterhalb des Auges.

Alle drei ließen sich im Wenzel-Hancke-Krankenhaus verbinden.

Empörend war das Verhalten der Polizei. Obgleich sich fünf Beamte in der Nähe des braunen Hauses verteilt aufhielten, konnten die Nazis trotz alledem es wagen, unsere Genossen zu überfallen. Ein Zeichen dafür, wie lasch die Beamten, die in der Nähe des braunen Hauses ihren Dienst tun, im allgemeinen gegen die Nazis vorzugehen (in diesem Falle besser gesagt nicht vorzugehen) pflegen, denn sonst würden sich die Nazis nicht solche Frechheiten erlauben.

Am empörendsten war das Verhalten eines Beamten, der von unseren Genossen aufgefordert wurde, die Personalien eines der braunen Banditen festzustellen. Er erwiderte nämlich:

„Das bestimmen wir! Macht, daß ihr weiter kommt! Ihr werdet wohl angefangen haben!“

Dieser Beamte hat damit eindeutig für die Nazis Stellung genommen. Nicht nur das, er hat ebenso eindeutig seine Pflicht als „Sicherheitsbeamter“ verletzt. Die Breslauer Arbeiterschaft fordert vom hiesigen Polizeipräsidenten, daß hier einmal gründlich durchgegriffen wird. Die Geduld der Arbeiterschaft ist wahrlich zu Ende.

Die Breslauer Arbeiterschaft fordert die Schließung des braunen Hauses, das zum Hauptquartier für das Rowdi- und Banditentum, das zur Zentrale für alle Terrorakte und

Uebertätle auf Proleten seit langem geworden ist.

Ein zweiter Uebertahl wurde von der Polizei verhindert. Ein Trupp SAP- und SSB-Genossen, ebenfalls von unserer gestrigen Demonstration kommend, wurde plötzlich in der Albrechtstraße von einer riesigen Herde Nazis, die sich scheinbar im „König von Ungarn“ versammelt hatte, überfallen. Die Polizei verhinderte, daß es zu Zusammenstößen kam.

Kommen Sie jetzt zum großen Mantel-Verkauf

Wenn je ein Zeitpunkt günstig war, in einer gewaltigen Auswahl den guten, preiswerten Mantel zu finden, dann Sie suchen — — — dann ist es jetzt bei mir. Schon ein Blick in meine Schaufenster zeigt Ihnen, wie leistungsfähig ich bin

Der moderne Herren-Ulster

mit und ohne Gurt zu tragen

31.50 23.50 15.50 10.50

Der moderne Ulster-Paletot

in vielen herrlichen Farben, ganz auf K'seide

29.50 21.50 16.50 11.50

Lederjacken, Joppen, Hosen, Anzüge in größter Auswahl

Jeder Käufer erhält einen Notrabatt von 10% in bar

Der solide Paletot

mit Samtkragen, in Eskimo u. Merano, mit K.-seideneem Steppfutter

42.50 31.50 24.50 17.75

Ein Posten Lodenmantel

für Herren und Knaben

21.50 16.50 12.75 8.50



L. Prager

Albrechtstr. 51

Eingang nur Ecke Schuhbrücke
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit-G. m. b. H., Gartenstraße 67

SAP-Handels-Hilfsarbeiter

treffen sich am Sonnabend, 14. Januar, 20 Uhr, im Büro, Gartenstr. 21. Mitgliedsbuch der SAP vorzeigen.

DMV-Maschinenarbeiter

Für die Branche der Maschinenarbeiter, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter der Metallindustrie Breslaus findet die

Jahresgeneralversammlung
am Freitag, den 13. Januar, 19.30 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10

statt. Tagesordnung: Neuwahl der Brancheneleitung und Generalversammlungsdelegierten.

Kein Genosse dieser Branche darf fehlen. Unbedingt Verbandsmitgliedebuch mitnehmen, weil sonst kein Wahlrecht!

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau, Abt. Nord, Sonnabend, 14. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus.

Jugendabteilung: Das Turnen fällt Freitag aus. Alles geht zur Generaljugendversammlung im Gewerkschaftshaus, 20 Uhr. — Montag: Travensabend mit Werner Preuß.

Änderungen im Eisenbahnverkehr

Breslau, 11. Januar

Vom 10. Januar 1933 ab verkehren die Züge 221, Breslau-Hauptbahnhof ab 22.26, Zdmny (Polen) an 0.04, und 224, Zdmny ab 6.14, Breslau-Hauptbahnhof an 8.11, als beschleunigt durchgeführte Personenzüge in den bisherigen Fahrplänen.



SAP

Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21, III. Telefon 367 68

Stadttell Nord-Ost. Alle Mitwirkenden am „Roten Abend“ in Schwotzsch, treffen sich Freitag, pünktlich 18.15 Uhr, bei Witke zur Probe. Es ist Pflicht jeder Genossin und jedes Genossen zu erscheinen.

Zur Generalversammlung der FFB, 12. Abt. müssen alle SAP-Mitglieder morgen Freitag, 20 Uhr bei Witke erscheinen.

Akt-Propaganda. Heute, pünktlich 19.20 Uhr, Gartenstraße 14 Ia Probe. Keiner fehlt.

Bildungsausschuss, Dienstag, 19 Uhr, Sitzung. Lokal wird noch bekannt gegeben.

Achtung! Offensichtl. Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, bei Hink, Bunter Abend der proletarischen Kulturgemeinschaft Breslau. Programm 19 Pfg.

SAZ Sekretariat: Gartenstraße 21, III. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 16—20 Uhr

Folgende Heimabende sind zu besuchen: Donnerstag, den 12. Januar:

Heim 3, Mehlgasse 39; Lenin, Liebknecht, Luxemburg.

Heim 4, Sonnenstraße 39 (wichtig): Die Rolle der politischen Organisation im Klassenkampf.

Heim 5, Friedrich-Wilhelm-Str. 45: Spartakus kämpft

Heim 6, Frankfurter Str. 100: Jugend vor Gericht.

Heim 8: Arbeitsgemeinschaft mit Gen. Konnschmidt.

Am Sonntag, dem 15. Januar, vormittags 10 Uhr, beteiligen sich alle SAZ-Genossen bestimmt an dem Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedenken im Zentraltheater, Westendstraße.

Genossen! Genossinnen!
Lenin, Liebknecht, Luxemburg-Gedenken der Partei der blauen Front und die „Rote Rufe“ das ist die Veranstaltung die ihr am Sonntag, den 15. Januar, um 10 Uhr im Zentraltheater, Westendstr., besuchen müßt. Genossen, beteiligt euch daran, ihr werdet befriedigt nach Hause gehen.
Karten zu 20 Pfg. an der Kasse.

Sozialistischer Studentenverband. Am Freitag, den 13. Januar, um 20 Uhr, spricht in unserem neuen Heim, Sonnenstr. 39, Gen. Dr. Rapporte-Riga über das Thema: Zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Heftigste Blicke auf die deutsche Arbeiterklasse. — Interessierte SAZ-Genossen sind eingeladen.

Arbeiter-Kinderfreunde Breslau, Abt. 3, Odertor-Sandtor. Achtung Eltern! Die Elternversammlung mußte ausfallen, sie findet dafür bestimmt am Freitag, den 13. Januar 1933, im Karl-Marx-Heim statt.

Monistische Jugend. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Str. 45, heute, 1/20 Uhr, ist alles im Heimunterhaltungsabend. Gäste willkommen.

STADTHEATER

Donnerstag, 20—21.45
Abonn.-Vorst. D 9

Idomeneo
Freitag, 19—21.45
Abonn.-Vorst. C 9

Der Rosenkavalier
Sonnabend, 19.30—Regen 21

Tango um Mitternacht!

LOBETHEATER

14. Jan. 20.15—22.15

Kind im Schatten
GERHART-HAUPTMANN
THEATER

Täglich 20.15—22.10

Auslandreise
Sonnabend 15.30—17.30
Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

Gaststätte Fuchs

Hirschstr. 71
Freitag, den 13. Januar

Gr. Preis-Skat

Sonnabend u. Sonntag
Gr. Bockbierfest

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier“ Preis 50 Pfg.

Tragt unser Parteiabzeichen!

Große und kleine Parteiabzeichen sind wieder vorrätig

Vertreibt das Parteiabzeichen!

Bestellungen sofort bei:

Partei-Vorstand der SAZ
Berlin O 27 • Magazinstr. 15/16

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, inserat

Hierbert Scholz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebort Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.

Der Leser der SAZ kauft bei:

ZENTRUM

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Breite Str.
Fachmännische Leitung

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren**
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Sel klug! Kauf bei
Wäsche-Manneberg
Reuschestraße 45

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestraße 50 (rechts vom Königplatz)

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGERIE - FOTO

Möbel Max Melnik
Ohlauerstr. 53/54

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon“ führt aus
Tapetenhaus Ursullinerstraße Nr. 7a
Inh.: G. Kleiner, Tel. 212 85, 4. Selbstverarb. „Wandon“ Pld. 70 Pfg.

WESTEN

Gebrauchte Schuhelesten
billig bei **Leder-Franke**
Friedrich-Wilhelm-Str. 31

Fleischermeister Max Lattner
Posenerstraße 23
Stets in Qualität - Niedrigste Preise

Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt
Alsenstr. 13 und
Alsenstraße 89

Restauration Traugott Riefe
Welfenstr. 6
Treffpunkt aller Genossen
Angenehmer Aufenthalt - Niedrige Preise

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 164

Leinwand **Gotthard Vöikel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Kolonialwaren
Anderssenstr. 2 R. & J. LUX, Leuthenstr. 52

Täglich **frische Seefische u. Räucherwaren**
Richard Polke, Anderssenstr. 16

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

OSTEN

Erich Freitag
Karl-Marx-Str. 38
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren
Spirituosen • Weine
Tabake • 8%

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft Kolonialwaren • Weine • Spirituosen

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark

Genossen u. Genossinnen der SAZ erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Geschäftsstelle der SAZ, Breslau 5, Gartenstr. 21

Zigarren • Zigaretten • Tabake
Kl. Tschanich, Karl-Marx-Str. 12
Paul Fleischer

PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden Kolonialwaren Weine Spirituosen

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

9% **M. Kricke** 9%
Kolonialwaren - Weine - Tabake
9% **Löschstraße 17** 9%

Bäckerei, Konditorei **Bruno Guckel**
Margaretenstraße 15

Besucht das
„Proleten“
Arbeiter-Sport-Kartell

NORDEN

Wilhelm Kupczyk
Schleswenderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Waldemar Burczyk
9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

billig bei
Leder K. Becker
Gneisenastraße 5

Inuh Vogel
Friedrich-Wilhelmstr. 66
Scheitniger Straße 12

SUD U. SUDWEST

Drogen, Farben, Foto
Walter Bienen, Lehmgrubenstraße 56

Erich Langner
Kohlenhandlung
Auguststraße 25 • Fernsprecher 851 66

W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 306 39
Kolonialwaren :: Delikatessen

Leserinnen und Leser der SAZ!

Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.



Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Freiwilliger Arbeitsdienst — Zwangsarbeit! / Von Axel

Vorbemerkung: Durch den Umhang, den der Freiwillige Arbeitsdienst in den letzten Wochen angenommen hat, ist es in den daran beteiligten Kreisen zu einer lebhaften Diskussion über seinen weiteren Ausbau gekommen. Lösung von Haushalt des Reiches und der Reichsanstalt und ihm so gestalten, daß es sich selbst trägt, das ist die Gegenwartsforderung. Eingliederung in den Produktionsprozess, das ist das Endziel.

Vorbekanntes zugestimmt wird den Plänen von der Bürokratie, die ein wenn auch kontroverses, durch das Eingehen des Bürokratismus bedingtes Interesse an ihrer Entwicklung hat und von den rechtsstehenden Verbänden, die in ihm eine willkommenen Gelegenheit für die Durchführung ihrer militärischen Ziele sehen, während sie bei der Arbeiterschaft auf einen wachsenden Widerstand stoßen. Diese Einstellung scheint mit den tatsächlichen Verhältnissen angesichts der sich häufenden Zahl der Arbeitsdienstwilligen aus dem Proletariat und der offiziellen Beteiligung seiner Vertreter, der Gewerkschaften, in einem Widerspruch zu stehen. Scharfbar! Der aber nun erklärlich ist, aus der theoretischen Unklarheit über die Gefahren, die der FAD für die Arbeiterschaft bedeutet und aus der ökonomischen Misere, in der das Proletariat lebt.

Die folgenden Zeilen sollen darum unter Berücksichtigung dieser Umstände ein Diskussionsbeitrag über das Thema Freiwilliger Arbeitsdienst sein.

Die gegenwärtig bestehende, aber noch unvollendete Form, erhielt der FAD durch die am 16. Juli 1932 von der Regierung Papen über ihn herausgegebene Notverordnung. Die in Artikel 9 dieser Verordnung erwähnten Ausführungsbestimmungen wurden unter dem 2. August 1932 erlassen. Sie enthalten Erläuterungen über: 1) den Gegenstand des Freiwilligen Arbeitsdienstes, Umfang der Förderung; 2) Organisation und Verfahren; 3) Anwendung von Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes; 4) Mitwirkung der Gemeinden; 5) Erleichterung der Siedlung für Arbeitsdienstwillige.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Stellung des Arbeitsdienstwilligen innerhalb der sozialen Gesetzgebung. Während gewisse Vorschriften des Sozialversicherungswesens — so die Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse — damit im Falle einer Erkrankung der Arbeitsdienstwilligen nicht den Organen des FAD zur Last fällt — und des Arbeiterschutzes gegeben sind, findet das Arbeitsrecht keine Anwendung.

Die Suspendierung gerade der arbeitsrechtlichen Vorschriften, wie des BRG, das den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung sicherte, und des Tarifvertragswesens, das ihm doch immerhin ein Existenzminimum garantierte — entspricht dem bürokratisch-militärischen Aufbau des FAD. Es wird verfügt und angeordnet. Als Aufsichtsbehörden fungieren die Organe der Reichsanstalt, und zwar der Präsident der Reichsanstalt als Reichskommissar, die Präsidenten der Landesarbeitsämter als Bezirkskommissare, und schließlich die Direktoren der Arbeitsämter. Träger der Maßnahmen sind Gemeinden und gemeinnützige Verbände — ihre Durchführung aber — ob in geschlossenem oder offenem Lager, weltanschauliche Verbände, die zu gleicher Zeit die vorgesehenen Erziehungsmaßnahmen leiten — überlassen.

Am 31. Mai 1932 zählte man im Deutschen Reich 56 000 Arbeitsdienstwillige und Ende Oktober waren es bereits über 200 000. Damit wird die Höchstzahl erreicht sein, die nicht begrenzt ist durch die Zahl der sich Meldenden, sondern durch die Mittel, die zur Verfügung stehen.

Woher kommt diese rapide Steigerung der Zahl?

Sie hat ihre Ursache in den Umständen, die zu einem weiteren Ausbau des FAD geführt haben. Die bereits angeführte Verordnung fußt auf der Notverordnung zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe vom Juni 1932. Neben einem rigorosen Unterstützungsabbau brachte sie die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, die gerade vielen jugendlichen Erwerbslosen jede Unterstützung nahm. Die seelischen Konflikte, die einmal durch die lange Dauer der Erwerbslosigkeit, andererseits aber auch durch den Entzug jeglicher Unterstützung in den Jugendlichen hervor-

gerufen wurden, mußten zu Spannungen führen, die entweder noch einer gewaltsamen Lösung oder nach einem anderen gangbaren Ausweg drängten.

Dieser Ausweg sollte der Freiwillige Arbeitsdienst sein. Die anfänglichen Erfolge haben seinen Anhängern scheinbar Recht gegeben.

Vergleicht man die Zahl der Arbeitsdienstwilligen innerhalb der einzelnen Landesarbeitsämter untereinander, so ergibt sich, daß das platte Land das größere Kontingent stellt. Auch diese Erscheinung ist lediglich auf die selben wirtschaftlichen Ursachen zurückzuführen, die zu einer so rapiden Steigerung der Zahl der Arbeitsdienstwilligen geführt haben, nämlich, auf den Unterstützungsabbau, der sich für das Land noch krasser auswirkte als für die Stadt. (In der Stadt wurde gekürzt: in der Spitze von 18,90 auf 11,70 RM, auf dem Lande von 18,90 auf 8,10 RM pro Woche, der niedrigste Satz ist auf dem Lande 4,50 RM pro Woche.)

Diese Sätze gelten nur für die ersten sechs Wochen der Unterstützungsperiode, dann tritt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung in Funktion und nicht mehr der Satz des Arbeitsamtes ist maßgebend, d. h. wohl nach oben als Höchstgrenze, aber nicht nach unten, hier gilt der Satz des Fürsorge- d. h. Wohlfahrtsamtes. Dieser liegt aber für jugendliche Erwerbslose wesentlich unter den Sätzen der versicherungsmäßigen Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Im Durchschnitt ergibt sich für das Deutsche Reich für Jugendliche

	Stadt	Land
unter 21 Jahren	RM. 3,50	2,30
über 21 Jahren	4,60	2,80

Für alleinstehende Jugendliche erhöht sich dieser Satz auf 8,75 RM. in beiden Fällen. Hinzu kommt, daß die große Mehrheit der arbeitslosen Jugendlichen, weil sie im Haushalt wohnen, wo Familienangehörige Arbeit haben oder Arbeitslosenunterstützung beziehen, keinen Pfennig Unterstützung erhält. Beim FAD erhält der Jugendliche aber in den offenen Lagern bis zu 10,80 Reichsmark, wovon in den geschlossenen Lagern die Kosten für die Unterhaltung abgehen.

Hier in diesen wirtschaftlichen und den daraus entspringenden sozialen Verhältnissen liegt der Grund, warum sich so viele Jugendliche zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst melden und warum das Kontingent vom Lande größer ist als aus der Stadt.

Bietet der FAD wirklich eine Abhilfe aus der wirtschaftlichen Not?

Nein! Denn er schafft keine zusätzliche Arbeitsgelegenheit, die in der Produktion und im Produktionsprozess einzufließen, sondern er verwendet die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten, um die bruchliegende Arbeitskraft der Jugendlichen auszunutzen. So stellt sich der FAD als eine neuartige Ausbeutungsmethode durch die Behörden dar, denn nicht nur der Ertrag der Arbeit fließt ihnen zu, sondern auch die Mittel, die hierzu verwandt werden, werden nicht von ihm, sondern vom Reich und von der Reichsanstalt aufgebracht.

Der FAD ist nicht in der Lage, eine wirtschaftliche Regeneration herbeizuführen. Bleibt die sozialpädagogische Seite übrig. Aber auch diese ist nicht gegeben. Kameradschaftlichkeit soll gepflegt werden. Kameradschaftlichkeit ist in diesem Falle nur ein schlechter Ersatz für militärischen Drill mit all seinen Schattenseiten. Instinktiv wehrt sich die Jugend gegen eine derartige Erziehung. Das beweist, die starke Fluktuation gerade in den militärisch aufgezogenen Lagern. Immer deutlicher erkennt der Jugendliche, daß der FAD nicht Selbstzweck ist, der mit der Arbeitsbeschaffung für jugendliche Erwerbslose erschöpft wäre, sondern Mittel zum Zweck, der in der Aufrechterhaltung des gegenwärtig bestehenden Herrschaftsverhältnisses Kapital und Arbeit besteht.

Die Eingliederung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in den Produktionsprozess bedeutet die Zerstörung des tarifmäßig gebundenen Arbeitsmarktes.

Die Tarifverträge haben aber trotz ihrer ständigen Verschlechterung bis jetzt ein völliges Abgleiten der Löhne auf den Stand der Unterstützungssätze verhindert. Dieser Schutz — aber mit einer weiteren Ausdehnung des FAD fallen und die Verelendung noch weitere Kreise der Arbeiterschaft erfassen.

Wir sind gegen den FAD. Wir wollen ihn nicht, wir fordern seine Beseitigung in seiner heutigen Form, die nur zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung beiträgt. Wir fordern seine Beseitigung aus wirtschaftspolitischen, aus sozialpolitischen und nicht zuletzt aus sozialpädagogischen Gründen, denn Zwangsarbeit, wie sie der FAD bedeutet, hat keinen erzieherischen Wert. Wir fordern die Wiederbeschäftigung der Erwerbslosen durch Öffnung und Wiedereingliederung der stillgelegten Betriebe, unter Kontrolle der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen.

Neue Streiks

Köln, 11. Januar.

WTB. Bei der Firma Radium-Gummi-Werk G. m. b. H. Köln-Dellbrück ist heute morgen die gesamte Belegschaft von etwa 600 Mann wegen eines Streikes um die Senkung der Akkordlöhne in den Ausland getreten. Die Gewerkschaften haben sich gegen den Streik ausgesprochen, da erst die erste Instanz sich mit der Streitfrage befaßt hat. Die Werkleitung will die Arbeiter entlassen, die bis Freitag, 13. Januar, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Heidelberg, 11. Januar.

Als Protest gegen die Höhe der ihnen auferlegten Abgaben sind heute vormittag die Taxibesitzer in den Streik getreten. Ein Teil der Wagen unternahm eine Demonstrationsfahrt durch die Stadt.

Solidarität!

Wesermünde, 11. Januar.

CNB. Der holländische Fischdampfer Gerard, der wegen des Generalstreiks in Ymuiden nicht gelöscht werden konnte, legte gestern nachmittag im Wesermünder Fischereihafen an, um seinen Fang zu löschen. Die Fischerarbeiter ver-

weigerten jedoch aus Solidarität mit den streikenden holländischen Arbeitern die Löschung des Dampfers. Ähnlich hat sich ein Fall kürzlich in Holland in Ymuiden abgespielt. Dort weigerten sich die Fischerarbeiter einen Dampfer der „Nordsee“ zu löschen, mit der Begründung, man brauche keine fremden Dampfer in Holland.

Gewerkschaftsverbot in Spanien

Barcelona, 11. Januar.

Der Zivilgouverneur hat beschlossen, alle Gewerkschaften der nationalen Arbeiterverbände, deren Vorstandsmitglieder zumeist der spanischen anarchistischen Vereinigung angehören, zu schließen. Die Ortsgruppe von Barcelona protestiert in einem der Presse übergebenen Communiqué gegen diesen Beschluß.

Dieses Verbot zeigt den bürgerlich-reaktionären Charakter der auch von Sozialdemokraten besetzten Regierung. Wir sind gewiß keine Verteidiger der syndikalistisch-anarchistischen Gewerkschaften, trotzdem müssen aber alle klassenbewußten Arbeiter derartige Verbote schärfstens verurteilen.

Volksfürsorge 1932 Ergebnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Belastungen der Werkstätten durch die Arbeitslosigkeit, durch Schrumpfung des Einkommens, neue Steuern usw., haben auch auf die Entwicklung der Volksfürsorge nachteilig eingewirkt, die ihre Werbearbeit fast ausschließlich in Kreisen der Werkstätten betreibt. Die Zahl der neu beantragten Lebensversicherungen ging insgesamt gegenüber dem Vorjahre zurück. Immerhin sind aber noch 165 445 Anträge eingereicht worden, eine Zahl, die wohl kaum von einer anderen Lebensversicherungsgesellschaft in Deutschland erzielt worden sein dürfte.

Leider sind manche Versicherte dazu übergegangen, ihre Versicherungen durch Einstellung der Prämienzahlung in ihrem Werte zu mindern oder durch Rückkäufe ganz aufzuheben. Durch diese Auswirkungen der Krise verminderte sich der Versicherungsbestand der Volksfürsorge. Die Zahl der bestehenden Versicherungen beträgt aber immer noch 2 Millionen. Die Volksfürsorge bleibt mit diesem Bestand nach wie vor das größte Volksversicherungsunternehmen Deutschlands.

Ihr Gesamtvermögen ist bis Ende 1932 auf rund 200 Millionen RM angewachsen, das, wie bekannt, zu einem großen Teil für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau und in Kommunaldarlehen nach den für Lebensversicherungsgesellschaften geltenden gesetzlichen Vorschriften angelegt ist. Die Sicherheit der angelegten Gelder war selbstverständlich auch während der finanziellen Krisenmonate gewährleistet.

In den letzten Monaten ist die Entwicklung bei der Volksfürsorge durch Steigerung des Neugeschäfts und Zunahme der Wiedereinkaufszahlungen schon wieder sehr günstig verlaufen. Während im August nur 10 098 Versicherungen beantragt wurden, waren es im September bereits 11 322, im Oktober 13 290, im November 15 672 und im Dezember kam das ohne Zweifel in der jetzigen Zeit als sehr gut zu bezeichnende Ergebnis von 18 255 Anträgen herein.

SAP-Arbeitsinvaliden!

Parteimitglieder, die dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands angehören, werden gebeten, ihre Adresse dem Parteivorstand mitzuteilen. In solchen Orten, wo mehrere Genossen der genannten Organisation angehören, genügt es, wenn sich daraufhin nur einer beim PV meldet. Der Partei-Vorstand.

Mehr Sicherheit!

Premnitz, 11. Januar.

Einen Bericht über ein neues Explosionsunglück im Premnitzer Werk der I. G. Farben brachten wir bereits gestern. Genossen aus Premnitz schreiben uns hierzu: „Die Belegschaft muß sich erneut darüber klar werden, daß sie in einem sehr gefährlichen Betrieb arbeitet. Sie kann und darf nicht verzichten auf die Abstellung der Uebelstände, die ständig neue Gefahrenquellen bilden:

Hitztempo, Überstunden und mangelhafte Vorsichtsmaßnahmen.

Man frage sich mit vernünftigen Sinnen, wer hat ein Interesse daran, daß ausgemergelte und geschwächte Arbeitskräfte einen Betrieb bedienen müssen, der in höchstem Maße Lebensgefahr in sich birgt. Auch auf die Meister und Betriebsangestellten trifft zu, daß sie bei überlanger Arbeitszeit und Auspumpung ihrer Kräfte versagen müssen, an Stellen, die gespannteste Aufmerksamkeit und Sorgfalt einer arbeitsfähigen Kraft erfordern. Das Unglück vor wenigen Wochen rüttelte die Gemüter auf. Die Reste aus der Pulverfabrikation sind betriebsgefährdend in höchstem Maße. Man hat eine Kommission gebildet aus Betriebsratsmitgliedern und zwei im Werk seit Beginn tätigen Schlossern.

Das neue Unglück zeigt, daß der Betrieb selber Gefahren in sich birgt, die nicht übersehen werden dürfen. Auch da heißt es, die Ursachen der Gefahren nach menschlicher Möglichkeit beseitigen, und hier muß die Unfallverhütungs-Kommission des Werkes eingesetzt werden. Auch hier muß die Erfahrung aller im Betrieb Tätigen genutzt werden, um die Gefahrenherde abzustellen und unschädlich zu machen. Die Arbeiterschaft wird verlangen, daß alle Betriebsstellen durchgeprüft werden auf Brauchbarkeit und Sicherheit des Materials und auf die Art und Weise, wie an den einzelnen Arbeitsstellen gearbeitet wird.

Größenwahn des Geraer Stadtkommissars

Die Stadt Gera in Thüringen hat bekanntlich einen von der Naziregierung eingesetzten Stadtkommissar, der unter völliger Ausschaltung jeglicher kommunaler Selbstverwaltung als selbstherrlicher Diktator schaltet und waltet. Daß der Stadtkommissar Dr. Jahn ein ausgesprochener Arbeiterfeind ist, versteht sich von selbst. Dieser Tage hat er seine brutalen Diktaturkünste gegenüber den Arbeitern des städtischen Fuhrparks geübt, er hat 19 Arbeiter fristlos entlassen. Die Ursache liegt in folgenden:

Laut Tarifvertrag erhielten bisher alle Fuhrparkarbeiter 50 Pfg. Extrazulage pro Tag, weil sie gezwungen sind, ihre Mahlzeiten unterwegs einzunehmen und dabei naturgemäß besondere Ausgaben haben. Ohne auch nur den Versuch einer vorherigen Verständigung wurde jedoch bei der Lohnzahlung am Freitag, den 6. Januar, die Auszahlung der 50 Pfg. Tagesspesen eingestellt. Die Fuhrparkarbeiter, die ihr Mittagbrot nicht auf der Straße einnehmen können, antworteten auf diese Maßnahme damit, daß sie über die Mittagszeit in den Fuhrpark einfuhren und dort ihre Mahlzeiten einnahmen. Daraufhin hat der Stadtkommissar die fristlose Entlassung der 19 Fuhrparkarbeiter verfügt.

Selbstverständlich werden die Fuhrparkarbeiter gegen diese in jeder Hinsicht ungerechtfertigte Entlassung beim Arbeitsgericht klagen und wenn das Arbeitsgericht nicht tarifliche Bestimmungen mißachten und offenen Rechtsbruch nicht decken will, dann muß es ein Urteil auf Wiedereinstellung und Wiedergutmachung des den Fuhrparkarbeitern bis jetzt entstandenen Schaden fällen.

Schkeuditzer Umschau

In der letzten Stadtverordnetenversammlung sollten 4 Mitglieder in den Sparkassenvorstand gewählt werden. Nach dem jetzigen Verhältnis (9:9) würden sich SPD und O-Block in die Sitze teilen. Genosse Wille schlug der KFD vor, zusammen zu stimmen, damit wenigstens ein Kommunist gewählt werde. Schubert und Richter erklärten die Sache für zwecklos. Das sah ihnen ganz ähnlich. Die Sache wurde schließlich vertagt.

Jetzt, nachdem die neuen Kommunalrichtlinien gekommen sind, wird ein Schauspiel für Götter werden, wie diese Leute die verbogene Linie wieder geradebiegen. In der demnächst stattfindenden Stadtverordnetenversammlung muß nämlich Farbe bekannt werden, weil Neuwahl des Präsidiums und der Kommissionen erfolgen muß.

In der Sitzung des Gewerkschaftskartells fand der Streit um die Arbeiterbibliothek einen recht unruhlichen Abschluß. Hartmann, der ADGB-Betriebssekretär hat zwar seinen Standpunkt durchgesetzt, daß die Bibliothek Eigentum der Gewerkschaften ist, aber mit der SPD ein Kompromiß geschlossen, um die Verwaltung einem, aus SPD- und Kartellvertretern bestehenden Ausschuss zu übertragen. Diese Kompromißlösung wurde mit 9:7 Stimmen angenommen.

Die Deutschlandener unter sich. Rein aus Kameradschaft hat da so ein Pg. während der Krankheit des Kameraden dessen Frau besucht. Natürlich sollte bei dieser Gelegenheit die so hoch verkündete Sittenerneuerung gleich praktisch erprobt werden. Die Frau ließ sich natürlich nichts gefallen, schämte sich aber, ihrem Manne etwas von dem Vorfall zu sagen. Jetzt erst, da die Pleite dieser Bewegung nur zu offensichtlich wird, kommt die Sache in die Mitgliederversammlung der Nazi. Natürlich gabs einen großen Krach. Beinahe gerollt hätte man den . . . nicht etwa den Uebelthäter, sondern den ge- und enttäuschten Ehemann, weil er es gewagt hatte, die Sache in der Versammlung vorzutragen. Die Sache wird sich noch vor Gericht abspielen.

Achtung!! Achtung!!

Noch immer stehen gewerkschaftliche Fragebogen trotz verschiedener Mahnungen bei einigen Bezirken und zahlreichen Ortsgruppen ganz oder teilweise aus. Eine systematische gewerkschaftliche Arbeit in allen Verbänden und auf den verschiedenen Gebieten ist nicht möglich, solange die dafür erforderlichen Unterlagen fehlen.

Wir appellieren an das parteigenössische Pflichtbewußtsein der säumigen Ortsgruppen und Bezirke und fordern sie auf, die ausgegebenen Fragebogen

schleunigst ausgefüllt zurückzusenden.

Solche Orte, von denen uns bis Ende des Monats die Fragebogen nicht vorliegen, müssen damit rechnen, daß sie öffentlich namhaft gemacht werden.

Der Parteivorstand
I. A.: J. Walcher.